Nr. 40.2026
06. März 2026

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Der Veggie-Burger bleibt

Svenja Stadler, *zuständige Berichterstatterin:*

Keine optimale Lösung, aber immerhin deutlich abgeschwächte Regelungen, nachdem ein monatelanger Streit um die Bezeichnung von Fleischersatzprodukten geführt wurde, gibt es eine Einigung zwischen dem Parlament und den EU-Staaten. Die EU nimmt ihren umstrittenen Bezeichnungsverbotsplan wieder zurück.

„Das ist ein wichtiges Signal für den deutschen Markt. Deutschland ist der größte Markt Europas für pflanzliche Alternativprodukte, die Branche sollte nicht durch Verbote behindert und gebremst werden. Das wirtschaftliche Potenzial, laut Prognosen bis zu 65 Milliarden Euro Wertschöpfung und 250 000 Arbeitsplätze bis 2045, ist in diesem Bereich enorm hoch. Umso ärgerlicher war der Verbotsplan, der nicht nur gegen die Wirtschaft gerichtet war, sondern offenbar auch davon ausging, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht in der Lage seien, vorhandene Produktinformationen selbstständig und korrekt wahrzunehmen.

Das Gegenteil ist der Fall, Studien aus Deutschland und anderen europäischen Staaten zeigen eindeutig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gut zwischen tierischen und pflanzlichen Produkten unterscheiden können. Die Debatte um ein Bezeichnungsverbot ist so sachfremd wie unnötig und offenbart zudem ein fragwürdiges Menschenbild.

Die neue Einigung sieht ein deutlich abgeschwächtes Verbot vor: Lediglich Bezeichnungen, die eindeutig tierischen Produkten entsprechen, sollen nicht zulässig sein. Veggie-Burger,-Schnitzel und Tofu-Wurst bleiben also, während eine ‚vegane Gänsekeule' künftig nicht mehr so heißen darf."

Impressum

Nr. 40.2026 / 06. März 2026

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag